

BERLINER MORGENPOST

Chefredakteur: Heinz Köster... Verlagsleitung: H.-P. Scherff...

Die „Rote Garde“ an der FU

Wahr. Fast zur gleichen Zeit, da in der Freien Universität Studenten den südvietnamesischen Botschafter in der Bundesrepublik, Gnuyen Qui Anh, umjohnten, fiel in Saigon der südvietnamesische Politiker Tran Van Van einem heimtückischen Mordanschlag des Vietkong zum Opfer.

Macht dieser Mord einerseits die wahre Gesinnung des kommunistischen Vietkong erschreckend klar, zeigt er zum anderen nicht minder deutlich die totale Blindheit unserer jungen „Roten Garde“ von der FU.

Wer bisher noch immer geglaubt hatte, auch unter den extrem links orientierten Studenten der FU herrsche so etwas wie demokratisches Empfinden, muß sich spätestens jetzt Naivität bescheiden lassen.

Wissen sie überhaupt, was sie tun - die jungen Radikalisten von der FU? Weiß der ASIA, immerhin die offizielle Vertretung der Studenten, wie stark das Gift schon geworden ist? Höchstwahrscheinlich nicht.

zumachen, verlas ASIA-Vorsitzender Nevermann eine Solidaritätserklärung für die Studenten der Universität von Berkeley in Kalifornien. Es mag einmal ganz ausüblich sein, wenn diese Solidarität gilt. Auch die Universität in Berkeley, gegenüber von San Francisco, wird seit Jahren von Demonstrationen, „Sit-ins“, Krawallen und Schlägereien erschüttert.

Der neueste Zwischenfall ereignete sich Ende vergangener Woche. Über 10 000 von 27 500 Studierenden demonstrierten auf dem Campus der Universität. Anführer riefen zu einem Boykott der Vorlesungen und Seminare auf.

Anlaß war die Eröffnung eines Werbe- und Informationsstands der amerikanischen Kriegsmarine im Gebäude der Studenten-Union. Dort sollten Rekruten angeheuert werden. Darüber gerieten die Studentenfürher in ihrer heftigen Antivietnam-Haltung so sehr in Rage, daß sie zum Sammeln bliesen. Selbst Regen konnte sie nicht von ihrem „Sit-in“ abhalten.

Was Rektor Lieber von der FU in ähnlicher Form schon des öfteren erlebt hat, entwickelte sich auch in Berkeley allmählich zu einer Bedrohung der öffentlichen Ordnung. Der Vizekanzler der Universität rief schließlich die Polizei. Ergebnis der handfesten Auseinandersetzungen: zehn Verhaftungen.

Unter den Verhafteten befanden sich - und das war das Erstaunliche - auch sechs Nichtstudenten. Sie gehörten mit zu den Anführern. Einer von ihnen, Mario Savio, war vor zwei Jahren noch Student. Er trat sich in ähnlichen Demonstrationen hervor, die vor allem die freie Rede an jedem Ort forderten. Heute ist Mario Savio Barmixer. Aber zusammen mit Gesinnungsgenossen ließ er es sich nicht nehmen, die neuen Krawallstreiks zu initiieren.

„Der Vorlesungsstreik ist die Idee der Nichtstudenten“, sagte ein 21-jähriger Vertreter einer Studentenorganisation. „Es ist ein Spiel für sie, aber die Studenten müssen es ausbaden.“

Das trifft die Sache nur halb. Überall - in Berlin wie in Berkeley - sind viele junge Studenten nur allzulebendig, einer lautstarken Minderheitsgefiltschaft zu leisten. Bisher ist jedenfalls nichts darüber bekannt, daß sich die angeblich so vernünftige Mehrheit der Studenten gegen die Krawallmacher zur Wehr setzt.

Rhodesien brachte London in eine arge Zwickmühle

England kann den Konflikt nicht bewältigen

Von unserer Korrespondentin Ruth Wolf

London, 8. Dez. Mit dem Gang zu den Vereinten Nationen will Großbritannien die Welt zum Kalten Krieg gegen das weiße Minderheitsregime in Rhodesien aufrufen. Die Engländer haben sich darauf festgelegt, die Regierung der abtrünnigen Kolonie niederzuzwingen. Rund 800 Millionen Menschen im Commonwealth, so betonen sie, sind nach britischer Herrschaft in die Unabhängigkeit entlassen worden, sobald das demokratische Mehrheitsprinzip verwirklicht war. In Rhodesien aber wird vier Millionen Afrikanern die Gleichberechtigung von einer Minderheit von 200 000 weißen

Politik auch Seite 6

Siedlern vorenthalten. Es sei unzulässig, daß Rhodesien die eigenmächtig erklärte Unabhängigkeit behalte. Es müsse zu legalem Status zurückkehren.

Mit diesem Problem ist Großbritannien aber nicht allein fertig geworden. Die Einschaltung der UN ist ein Eingeständnis dieser Schwäche. London sucht jetzt „wirksame Sanktionen“ der Weltorganisation gegen Rhodesien. Für die UN ist der Antrag Englands etwas Neues. Die Weltorganisation kann zur Erhaltung des Friedens notfalls auch Streitkräfte heranziehen. Aber in Rhodesien ist der Friede nicht gefährdet, und die Anwendung von Waffengewalt will England außerdem auf jeden Fall vermeiden. Es ruft vielmehr zu einem weitläufigen Handelskrieg gegen Rhodesien auf.

Ist die Welt dazu bereit? Das Regime in Rhodesien wird zwar von keinem Staat anerkannt, aber viele Länder - beispielsweise Frankreich und Südafrika - sehen in dem Konflikt eine Angelegenheit, die nur Großbritannien und Rhodesien angeht. Sie wollen möglichst wenig damit zu tun haben.

Ferner muß die Frage gestellt werden, ob UN-Sanktionen in der Art, wie England sie beantragen will, überhaupt Aussicht auf Erfolg haben. London will die Sanktionen auf die wichtigsten Ausfuhrgüter Rhodesiens beschränkt wissen. Das wäre indes nur eine Verschärfung der bereits von England verhängten Sanktionen, durch die nicht viel erreicht wurde. Zwar hat die rhodesische Wirtschaft bereits erhebliche Einbußen erlitten. Aber Rhodesien ist autark in der Lebensmittellieferung. Durch geschickte Umstellungen ist das Land auf dem besten Wege, sich auch auf anderen wichtigen Gebieten von Einfuhrunabhängig zu machen.

Die Solidarität der Weißen in der Unterstützung des Regimes von Ian Smith hat sich weiter verstärkt. Die Haltung des Regimes wird sich also kaum ändern, vor allem, da es in Südafrika eine starke Stütze hat. Es ist demnach kein Wunder, daß die afrikanischen Commonwealthländer energisch fordern, auch die Erdölfuhr nach Rhodesien zu unterbinden. Ein Erdöl embargo könnte aber einen Zusammenstoß mit Südafrika heraufbeschwören, das Rhodesien mit diesem lebenswichtigen Energiemittel beliefert. Davor schreckt England zurück. Ein Handelskrieg mit Südafrika würde England stärker treffen als jedes andere Land.

Zwei-Fronten-Kampf

England hat sich in eine Situation hineingemantelt, in der es jetzt an zwei Fronten kämpfen muß. Es kämpft einerseits gegen das rhodesische Regime. Andererseits muß es sich der harten Forderungen des afro-asiatischen Blocks erwehren. Schließlich kosteten die bisherigen Rhodesien-Maßnahmen England bereits Millionen. So versucht London über die Einschaltung der UN einen Weg zu finden, das rhodesische Regime in die Knie zu zwingen, ohne daß der kränklichen britischen Wirtschaft weitere Lasten aufgebürdet werden.

FU-Professor wird Staatssekretär

Eigener Bericht AP

Berlin, 8. Dez. Der Ordinarius für Sozialhygiene an der FU, Professor Ludwig von Manger-Koenig, geht als neuer Staatssekretär des Bundesgesundheitsministeriums nach Bonn. Professor von Manger-Koenig, ein Bruder des bekannten Konferenziers Jürgen von Manger, war vor etwa zwei Jahren als ärztlicher Direktor



Professor von Manger-Koenig

des im Bau befindlichen Klinikums der FU in Steglitz nach Berlin berufen worden.

Wie Professor von Manger-Koenig der Berliner Morgenpost gestern sagte, habe er sechs Tage lang mit sich gerungen, ob er das Angebot der neuen Gesundheitsministerin, Frau Käthe Strobel, nach Bonn zu kommen, annehmen sollte. Wenn er nun auf seine reizvolle Aufgabe im FU-Klinikum verzichten müsse, so werde er auf jeden Fall seine Vorlesungen an der FU fortsetzen. „Ich werde ein Reisender zwischen Bonn und Berlin sein, meine Familie fühlt sich seit einem halben Jahr heimlich hier in Berlin.“

Botschafter in der FU angepöbel

Eigener Bericht

Berlin, 8. Dez. Die Freie Universität kommt nicht zur Ruhe. Wie in einem Teil unserer gestrigen Ausgabe bereits gemeldet, ereignete sich am Dienstagabend neue schwere Zwischenfälle mit links-extremem Studenten. Anlaß waren zwei Vietnam-Veranstaltungen an der FU.

Im gut besuchten Auditorium maximum zeigte der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) zwei Filme über den Vietnam-Krieg. Gleichzeitig veranstaltete der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) im gegenüberliegenden Theatersaal eine Diskussion mit dem südvietnamesischen Botschafter in Bonn, Nguyen Qui Anh. Als beim SDS im Audimax eine erwartete Aussprache über die gezeigten Filme ausblieb, stürmten die Besucher mit großem Getöse in den Theatersaal und schrien den Diplomaten nieder. Trotz des pöbelhaften und disziplinlosen Verhaltens einiger Studenten war der Botschafter bereit, auf ihre provokatorischen Fragen und Herausforderungen zu antworten. Dennoch unterbrachen sie den Diplomaten immer wieder mit Gejohle und Zwischenrufen wie „Es lebe der Vietkong“. Der Botschafter beendete die einseitige Diskussion und verließ das FU-Theatersaal im Schutz mehrerer Kriminalbeamter durch den Bühnenausgang.

Südwein wird teurer

(Fortsetzung von Seite 1)

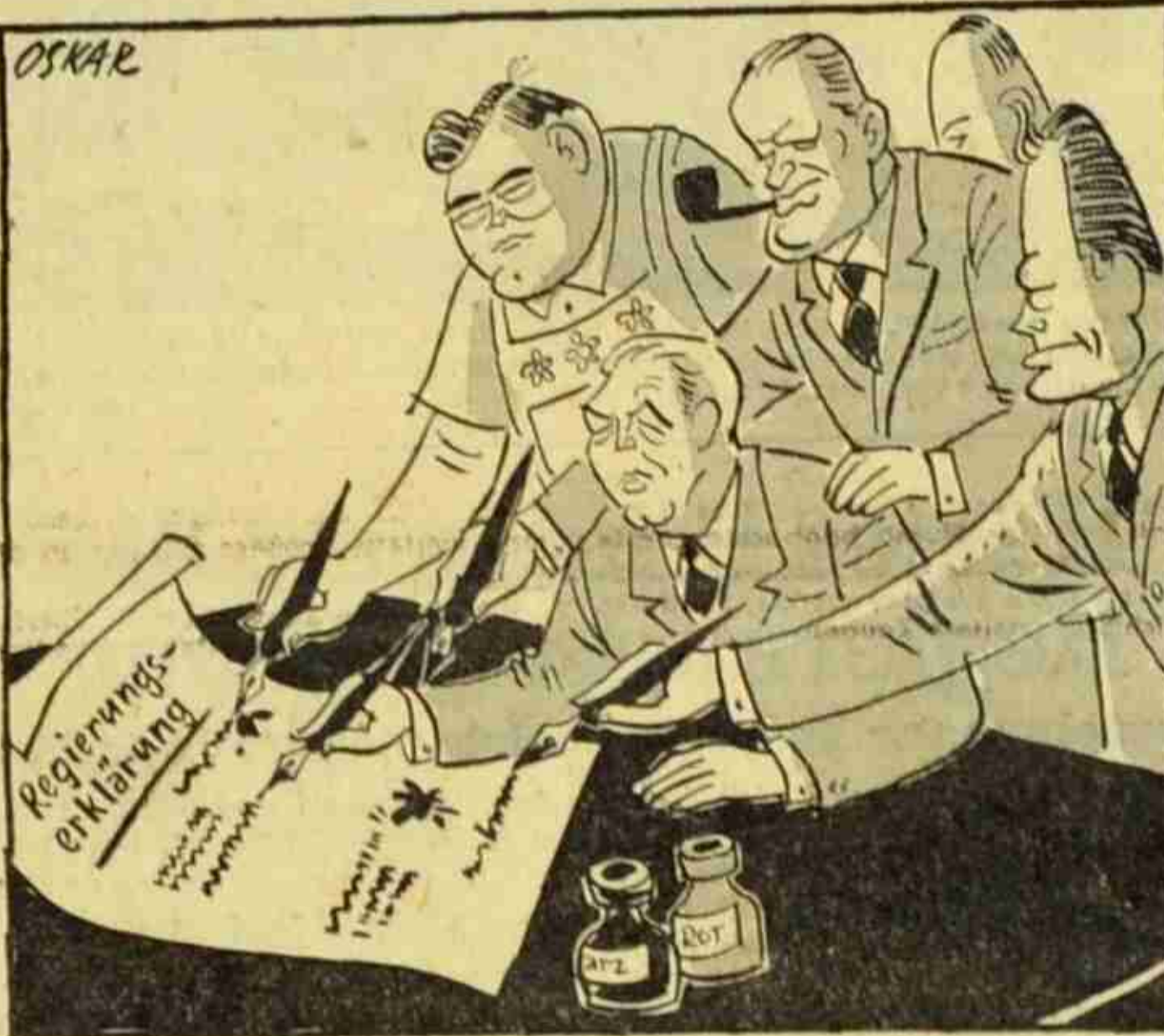
Damit werden neben den privaten Endverbrauchern auch die bisher befreiten gewerblichen Endverbraucher und die weiterverarbeitende Industrie durch die Umsatzsteuer belastet. Lediglich für die Verarbeiter auf der Raffineriestufe bleibt die bisherige Befreiung von der Umsatzsteuer bestehen. Der Wegfall des Privilegs wird sich auch bei den Preisen von leichtem Heizöl, Schmierstoffen und Leichtstoffen bemerkbar machen.

Bei der geplanten Besteuerung von alkoholstarkem Wein ist vorgesehen, den über 14 Prozent hinausgehenden Alkoholgehalt zu besteuern. Das wird in erster Linie Weine aus Südeuropa betreffen.

Entgegen ursprünglichen Erwartungen wird der Bundestag bei der Verabschiedung des Steueränderungsgesetzes noch keine Entscheidung über die Erhöhung der Tabaksteuer treffen.

Der Haushaltsausschuß beschloß gestern, daß das Pennärgelgehalt bis auf weiteres erhalten bleibt. Die vom Haushaltsausschuß vorgeschlagenen Steuererhöhungen wurden gebilligt. Nuncmehr ist damit zu rechnen, daß der Bundestag ebenfalls zustimmt.

Prüfungsarbeit



Abneigung gegen Akten

Warum Carlo Schmid einen Staatssekretär erhält

(Fortsetzung von Seite 1)

Den bereits unstrittigen Posten des Staatssekretärs bei Carlo Schmid soll der SPD-Abgeordnete Friedrich Schäfer, bisher einer der parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Fraktion, erhalten. Die Ernennung eines Staatssekretärs in diesem Ministerium, das zu Beginn der Koalitionsverhandlungen bereits als abgeschrieben galt, wird einerseits auf den notwendigen Koalitionsproporz und andererseits darauf zurückgeführt, daß der neuernannte Minister Carlo Schmid nicht gerade im Ruf eines fanatischen Aktenbearbeiters steht.

Die anderen Personalentscheidungen des Bundeskabinetts, die gestern bekanntgegeben wurden, entsprechen den Vorankündigungen, über die wir bereits berichteten. Berlins Bundesminister Schütz wird Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, der zweite Staatssekretär in diesem Ministerium, Rolf Laub, bleibt auch unter Willy Brandt auf seinem Posten. Professor Carstens wird Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Professor von Manger-Koenig geht als Staatssekretär ins Gesundheitsministerium, und Professor Ehmcke wird Vertreter von Justizminister Heinemann.

Die bisherigen Staatssekretäre Barzatzky (Gesundheit), Bülow (Justiz), Gumbel (Verteidigung) und Vialon (Entwicklungshilfe) werden in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Mit dem Ausscheiden Vialons aus den Diensten des Bundes hat sich auch ein Problem gelöst, das den Bundestag und verschiedene Gerichte jahrelang beschäftigt hat - die vielfach beanstandete Tätigkeit der Beamten in den besetzten Ostgebieten während des Krieges. Unentschieden ist weiterhin die Besetzung der Posten des Bundespräsidenten und des parlamentarischen Staatssekretärs im Bundeskanzleramt. Für beide Ämter hat Bundeskanzler Kiesinger noch keine geeigneten Persönlichkeiten finden können.

SPD baut vor

Die Regierungserklärung wird Bundeskanzler Kiesinger nach dem Verlauf der heutigen Kabinettsitzung jetzt fertig formulieren. Sobald das Programm schriftlich fixiert ist, wird die Bundesregierung noch einmal zusammentreten, um noch vor der Abgabe der Regierungserklärung im Bundestag die endgültige Zustimmung auszusprechen. Jeder Minister soll Gelegenheit haben, das fertige Produkt rechtzeitig vorher zu lesen und eventuelle Anmerkungen zu machen. Auf diese Art der Verabschiedung der Regierungserklärung haben die SPD-Minister von vornherein bestanden, um sicherzugehen, daß ihre Gedanken mit in die Leitlinien des Bundeskanzlers aufgenommen werden.

Brief aus Madrid

Liebe Leser!

Die spanische Pressefreiheit ist noch kein Jahr alt und immer noch hat sie mit widrigen Winden zu rechnen. Aber die Presse schlägt sich tapfer. Wo sie früher schweigend, weil sie schweigen mußte, greift sie heute zum Wort. Zum Beispiel nahm eine Zeitung jetzt ein öffentliches Ärgernis aufs Korn: die Autos, die mit der Kennmarke PMM ausgezeichnet sind. Das sind die Wagen der Ministerien - „Parque Mobil Ministerios“. Sie befördern Minister, Staatssekretäre, Ministerialdirektoren und Ministerfrauen, deren Freundinnen und gelegentlich deren Köchinnen.



Anton Dieterich

Weil die Madridler in diesen Autos so viele Frauen sitzen sehen, deuten sie das Kennzeichen PMM in „Para Mi Mujer“ um. Zu deutsch: „Für meine Frau“. Während die hohen Ministerialbeamten in den Ämtern saßen, führen ihre Frauen in den PMM-Wagen zum Kartenspiel, zum Cocktail und ins Kaufhaus. Dabei parkten sie, wo es ihnen gefiel und so lange, wie es ihnen be-

hagte. Was war schon ein Verkehrspolizist gegen den uniformierten Chauffeur eines PMM?

Als ein Polizist in einer solchen Situation zur Rede gestellt wurde, antwortete er: „Ich weiß, daß der PMM falsch parkt. Aber ich möchte nicht nach Hintertupplungen versetzt werden.“ Ähnlich verhielten sich auch die Lokalreporter. Bis die Pressefreiheit verkündet wurde.

Unlängst fotografierte einer der Journalisten im Zentrum Madrids einen ordnungswidrig parkenden PMM. Der Chauffeur wollte ihm das mit den Worten verwehren: „Als PMM-Fahrer kann ich parken, wo ich will.“ Aber er erhielt die Antwort: „Ich bin Journalist und tue nur meine Pflicht.“ Daraufhin ließ der Chauffeur den Reporter abblühen!

Auf dem Polizei-Kommissariat vertrat der Journalist so energisch seinen Standpunkt, daß er bald freigelassen wurde. Seine Zeitung stellte sich hinter ihn. Sie prangerte den Mißbrauch der PMM-Wagen an, das selbstherrliche Verhalten der Chauffeurs und den Mangel an Zivilcourage der Polizisten in diesem Ministerium, das zu Beginn der Koalitionsverhandlungen bereits als abgeschrieben galt, wird einerseits auf den notwendigen Koalitionsproporz und andererseits darauf zurückgeführt, daß der neuernannte Minister Carlo Schmid nicht gerade im Ruf eines fanatischen Aktenbearbeiters steht.

Die anderen Personalentscheidungen des Bundeskabinetts, die gestern bekanntgegeben wurden, entsprechen den Vorankündigungen, über die wir bereits berichteten. Berlins Bundesminister Schütz wird Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, der zweite Staatssekretär in diesem Ministerium, Rolf Laub, bleibt auch unter Willy Brandt auf seinem Posten. Professor Carstens wird Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Professor von Manger-Koenig geht als Staatssekretär ins Gesundheitsministerium, und Professor Ehmcke wird Vertreter von Justizminister Heinemann.

Die bisherigen Staatssekretäre Barzatzky (Gesundheit), Bülow (Justiz), Gumbel (Verteidigung) und Vialon (Entwicklungshilfe) werden in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Mit dem Ausscheiden Vialons aus den Diensten des Bundes hat sich auch ein Problem gelöst, das den Bundestag und verschiedene Gerichte jahrelang beschäftigt hat - die vielfach beanstandete Tätigkeit der Beamten in den besetzten Ostgebieten während des Krieges.

Unentschieden ist weiterhin die Besetzung der Posten des Bundespräsidenten und des parlamentarischen Staatssekretärs im Bundeskanzleramt. Für beide Ämter hat Bundeskanzler Kiesinger noch keine geeigneten Persönlichkeiten finden können.

Päckchen nach Thüringen

Aus Thüringen schreibt mir eine Verwandte: „Wir haben das Paket von Dir noch nicht erhalten, und ich sehe schwarz. Es kommen nämlich viele Pakete, die aus Westdeutschland geschickt werden, nicht an, sogar Einschreibepäckchen. Nun wollen wir nochmal ein paar Tage warten, aber ich glaube, diesmal sind auch wir bei den Benachteiligten. Ja, so ist das leider bei uns, denn die Pakete gehen nicht verloren, sie werden einfach woanders hingeliefert.“

Diese Antwort zu der naiven Anschauung von F. M., Berlin 62, in der Sonntagsausgabe vom

4. 12. unter der Überschrift „Pakete nach Thüringen.“ H. W., Berlin 42

Rabatte sind schuld Der Version, daß Preis-erhöhungen lediglich die Folge von Lohnerhöhungen sind, möchte ich folgende Beobachtung aus der Sicht einer großen Herstellerfirma für Markenartikel entgegenstellen. Diese Firmen werden von

Leserbriefe

4. 12. unter der Überschrift „Pakete nach Thüringen.“ H. W., Berlin 42

Rabatte sind schuld Der Version, daß Preis-erhöhungen lediglich die Folge von Lohnerhöhungen sind, möchte ich folgende Beobachtung aus der Sicht einer großen Herstellerfirma für Markenartikel entgegenstellen. Diese Firmen werden von

Mollig warm bis in die letzte Ecke

- durch zeitgemäßen Teppichboden -

Table listing various carpet types and prices: Besmer Parat Bouclé, Besmer Curlan Relief, Besmer Nylon Schlinge, Besmer Multisling, Besmer Relief-Super, Dura Nizza meliert, Dura Nylon Bouclé, Dura Spring Schlinge, Dura Perl Struktur, Dura Nylon Schlinge, Tutting meliert, Tutting geflammt, Tutting Bouclé, Kräuselvelours reine Wolle, Bouclé-Tweed schnittfest, Bouclé-Perfekt, Besmer-Nadelfilz, Glawo uni, Sisal-Auslegeware, Sisal-Sonderposten, Sisal m. Gummirücken.

- Außerdem noch 3% Rabatt -

NEUKÖLLN SONNENALLEE 118/124 Ecke Anzengruberstr. (5 Min. vom Rathaus Neukölln) Autobus 4 (Erkstr.) 4 E (Endstation)



TEL. 6 87 27 39 6 87 32 42

Kurz gemeldet

Volk wird nicht gefragt Die Regierung in Djakarta widerrief die Vereinbarung, nach der die Bevölkerung West-Irns 1969 über die weitere Zugehörigkeit zu Indonésien entscheiden soll. Angeblich wünschte die Bevölkerung der früheren holländischen Kolonie, die 1963 von Indonesien annektiert wurde, keine Volksabstimmung.

Alte Flaschen Das Gespenst „trockener“ Weihnachts- und Neujahrsfeiern malte das SED-Organ „Neues Deutschland“ an die Wand. Ein Inserat mahnt: „Hausfrauen, Pionierinnen und Schüler - ohne Flaschen keine Spirituosen! Bringt jede leere Spirituosenflasche zur nächsten Altstoffhandlung! Ein reichhaltiges Festtagsangebot an Spirituosen ist dann gesichert!“

„Prawda“ ruft zur Konferenz Das sowjetische KP-Organ „Prawda“ tadelte gestern diejenigen kommunistischen Parteien, die sich der Einberufung einer roten Weltkonferenz widersetzen: „Alle, die hoffen, beiseite zu gehen und warten zu können, schwächen die Kräfte des Friedens und des Sozialismus.“

Forscher für eigenen Tarif Einen eigenen Tarifvertrag fordern die Wissenschaftler aller Forschungsanstalten der Bundesrepublik. Sie werden nach dem Tarif für Verwaltungsangestellte besoldet.

Protest gegen Verfolgung Der Erzbischof der russisch-orthodoxen Kirche im Exil, Antonius, forderte den Weltkirchenrat in Genäva, gegen die Unterdrückung der Religion in der Sowjetunion zu protestieren. Antonius legte einen Brief der Diktatur Kirow vor, in dem die Sowjetbehörden beschuldigt werden, Kirchenanhänger durch illegale Strafen zu terrorisieren.

Kossygin gab Empfang Nach der Rückkehr aus der Provinz gab der Moskauer Regierungschef Kossygin gestern in der Pariser Sowjetbotschaft einen Empfang, an dem auch Staatspräsident de Gaulle teilnahm. Kossygin hatte zuvor das Atomforschungszentrum Grenoble besucht.

Konkurrenz abgeschaltet Die spanische Rundfunkzentrale wurde von den Behörden angefordert, den Erfolgsschlag „Die que no“ („Sag nein“) bis nach der Volksabstimmung über das neue Staats-



gesetz am 14. Dezember nicht mehr zu spielen. Offenbar steht das Lied in zu krasser Gegensatz zur Regierungskampagne, die unter dem Motto „Sag ja“ geführt wird.

Ein Festtagsabonnement

der BERLINER MORGENPOST ist etwas Besonderes. Vom 18. Dezember 1966 bis zum 7. Januar 1967 erhalten Sie für 3,20 DM festliche Lektüre. Und viele Extras: Zum Beispiel die farbige Weihnachtsbeilage, eine farbige Wanderkarte von der Umgebung Berlins, die erste Neujahrsausgabe, das große Horoskop für 1967. Füllen Sie den Bestellchein aus. Und Sie erhalten das Festtagsabonnement der BERLINER MORGENPOST! Sie werden begeistert sein.

Bestellschein form with fields for name, address, and subscription details.

Die Berliner Morgenpost erscheint täglich außer nach Sonn- und Feiertagen. Abonnementtarif: für Haus monatlich 5,70 DM, auswärts bei Postgebühren monatlich 5,80 DM. Bei unregelmäßigen Ausstellungen kein Ersatzanspruch. Verlag: Redaktion, Anzeigen und Vertrieb: Ullstein GmbH, Berlin 61, Köpenicker Str. 17. Fernschreiber: 01-83 506 oder 01-84 565. Post-scheck K 122.